

## **GEMEINGÜTER – EINE VERNACHLÄSSIGTE QUELLE DES WOHLSTANDS**

VON DAVID BOLLIER

Wenn Regierungen und Konzerne versuchen, Probleme zu lösen, dann sehen sie meist nur zwei Wege: staatliche Regulierung und/oder Wettbewerb. Viele glauben, dass nur diese beiden Arenen der Macht den geeigneten Rahmen für ein effektives Ressourcenmanagement bieten. Doch in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass es einen dritten, meist vernachlässigten Bereich gibt, der Lösungen anbietet: die Commons (oder: „Gemeingüter“). Der Begriff umfasst eine ganze Bandbreite von Phänomenen; er bezeichnet soziale und rechtliche Systeme der gerechten und nachhaltigen Verwaltung von Gemeinressourcen. So kann er sich auf die gemeinsamen Ressourcen beziehen, die eine Gemeinschaft (auf-) baut und instand hält wie Büchereien, Parks und Straßen; auf nationale Ressourcen, die allen gehören wie Seen, Wälder, die Tier- und Pflanzenwelt; sowie auf globale Ressourcen, die alle Lebewesen zum Überleben brauchen wie Atmosphäre, Wasser und Biodiversität. Auch sogenannte „Gabenökonomien“ wie etwa die Wissenschaft, die die Forschung sowie die Schaffung und Verbreitung von Wissen fördert, können als Gemeingüter bezeichnet werden. Das Internet ist Ort zahlloser Commons, die von Menschen mit gemeinsamen Interessen geschaffen und aufrechterhalten werden, von Open-Source-Software-Gruppen über Wikipedia bis zu spezialisierten Archiven, die von bestimmten Communities gepflegt werden. Solche Gemeingüter gehen immer mit bestimmten Werten und Traditionen einher, die für die jeweilige Gemeinschaft identitätsstiftend wirken und ihr bei der Selbstverwaltung helfen.

Obwohl es zahllose Formen von Gemeingütern gibt, von denen viele nur in bestimmten Kulturen verwurzelt sind, lassen sich die meisten einer von drei Grund-

kategorien zuordnen: Gaben der Natur, materielle Schöpfungen und immaterielle Schöpfungen.

Das Nachdenken über Gemeingüter hilft uns, eine große Gruppe von Ressourcen zu identifizieren, an deren Kontrolle und Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger bzw. Gemeinschaften ein politisches und ethisches Interesse haben. Gegenwärtig werden sehr viele Gemeingüter in Privateigentum verwandelt, damit sie auf dem Markt verkauft werden können. Dies ist eine der großen – von der Politik weitgehend ignorierten – Ungerechtigkeiten unserer Zeit. Marktideologen in Wirtschaft und Politik setzen alles daran – mal offen, mal unauffällig –, Ressourcen, die allen gemeinsam gehören, zu privatisieren.

Der Neoliberalismus ist im Wesentlichen der Motor dieser Privatisierung. Die Ökonomien der Industrieländer betrachten Gemeinressourcen in der Regel als unzulänglich genutzte Vermögenswerte, als bloßen „Input“ zur Erzielung von Unternehmensprofiten. Beschränkungen ihrer Nutzung, etwa soziale oder ökologische Auflagen, werden oft als der Wohlstandsmehrung hinderlich angesehen und gelten deshalb als suspekt. Gemäß der neoliberalen Weltsicht sind private Eigentumsrechte das wirksamste Mittel, um Reichtum hervorzubringen – und das allein wiederum gilt als Fortschritt.

Aber nicht jede Art von Reichtum kann in Form eines Marktpreises ausgedrückt werden. Auch ökologische, soziale, demokratische und moralische Werte müssen endlich voll anerkannt und aktiv geschützt werden. Der theoretische Ansatz konventioneller Wirtschaftswissenschaft lässt dies kaum zu; der Commons-Ansatz hingegen ist hilfreich, da er die Möglichkeit bietet, bestimmte Formen von Reichtum zu benennen, die die klassisch liberale und die neoliberale Ökonomie gerne übersehen.

Die Befürworter des Marktes belegen gern alles – zum Beispiel Land, Nutzpflanzen, Musik, Kunst – mit einem Geldwert und versuchen dann, den durch den Preis bestimmten Tauschwert dieser Ressourcen zu maximieren. Doch die Bewertung durch den Markt lässt meist die tatsächlichen Kosten der genutzten Ressourcen außer Betracht. Ebenso ignoriert sie die Kosten, die auf Umwelt, Arbeiter und Allgemeinheit verlagert werden, die sogenannten externen Effekte. Ein Markt kann höchst produktiv und effizient sein – und unberücksichtigt lassen, dass er die Gemeingüter zerstört, etwa durch Umweltverschmutzung, Kinderarbeit oder Industrieanlagen mit Sicherheitsrisiken.

Die Gemeingüter helfen uns, ein umfassenderes Verständnis von „Reichtum“ oder „Wohlstand“ zu entwickeln, indem sie uns auf das Konzept der Unveräußerlichkeit verweisen. Bestimmte Ressourcen haben einen Wert, der sich nicht durch einen Preis erfassen lässt. Sie sollten daher vom Markt ferngehalten werden. Die Schönheit der Natur, die Heiligkeit bestimmter Orte, der ökologische Wert der Tier- und Pflanzenwelt, die ethischen Normen, die es gebieten, keine gesundheitsgefährdenden Produkte zu verkaufen, die sittlichen Werte und Traditionen, die eine Gemeinschaft definieren – all dies sind Reichtümer, die sich nicht mit einem Preisschild versehen lassen.

Aufgrund dieses umfassenderen Verständnisses von „Wert“ ziehen es die Nutzer von Gemeingütern vor, ihre Ressourcen nicht zu Geld zu machen. Die langfristige Verwaltung und gerechte Zuteilung von Nutzungsrechten wird als wichtiger betrachtet denn die Gewinn- oder Verkaufsmaximierung. Dementsprechend ist der Zugang zu Ressourcen, die tatsächlich als Gemeingüter begriffen und verwaltet werden, im allgemeinen kostenlos oder für alle gleichermaßen günstig, oder er wird gemäß der sozialen Bedürftigkeit geregelt. Manche Gemeinschaften gestatten den Verkauf von Ressourcen auf dem Markt nur, wenn die Nachhaltigkeit gewährleistet ist und das Gemeinschaftsgut erhalten bleibt.

Die Rolle des Staates ist in diesem Zusammenhang die eines gewissenhaften treuhänderischen Verwalters der Ressourcen seiner Bürgerinnen und Bürger. In marktbasierter Gesellschaften ist es allerdings nur allzu üblich, dass Politiker und staatliche Einrichtungen diese Aufgabe nicht wahrnehmen; manche argumentieren, es handle sich hier um ein systemisches Versagen des Neoliberalismus. Daneben gibt es genügend Fälle, in denen Politiker ihren politischen Freunden kostenlosen oder ermäßigten Zugang zu unseren Bodenschätzen, unserem Weideland, unseren Stränden und unserem Äther gewähren. Oder dass sie Ressourcen verkaufen, die nicht verkauft werden sollten: zum Beispiel Land, das einen großen ökologischen Wert besitzt oder als heilig gilt. Das Wachstum des Marktsektors im Verhältnis zum Staatssektor, das in den vergangenen Jahrzehnten zu verzeichnen war, hat den Druck in Richtung einer Privatisierung der Gemeingüter noch erhöht.

### **Der Mythos von der Tragik der Allmende**

Aber ist die Idee der Gemeingüter bzw. Allmende nicht zum Scheitern verurteilt? Über Jahrzehnte hinweg haben konventionelle Ökonomen angenommen, dass jeg-

liches System des gemeinsamen Managements unweigerlich zu einer „Tragik der Allmende“ führen würde. Dieser Mythos wurde von dem Biologen Garrett Hardin 1968 in einem mittlerweile berühmten Aufsatz unter dem Titel „The Tragedy of the Commons“ gebracht, in dem er erklärte, dass Menschen, die ein Stück Land gemeinsam als Allmende nutzen, dieses unweigerlich übernutzen werden. Als Beispiel nannte er eine gemeinsame Weide, auf der jeder beliebig viele Tiere weiden lassen darf. Wenn einzelne Bauern privaten Gewinn aus der Allmende ziehen könnten, ohne Rücksicht auf deren ökologische Tragfähigkeit zu nehmen, so Hardin, werde ein solches Gemeinschaftsgut automatisch übernutzt und damit zerstört. Daher die „Tragik der Allmende“.

Für die konventionellen Ökonomen besteht die einzige Lösung dieses Problems darin, private Eigentumsrechte für das Land zuzuweisen und den „freien Markt“ darüber entscheiden zu lassen, wie es genutzt wird. Nach Ansicht dieser Ökonomen haben nur private Landbesitzer die nötigen Anreize, sich um das Land zu kümmern und „in das Land“ zu investieren.

In der Realität entsteht zwischen den Mitgliedern von Gemeinschaften allerdings Vertrauen, so dass sie zusammenarbeiten und Probleme gemeinsam lösen. Wissenschaftler, die sich mit Gemeingütern befassen, wissen von Hunderten funktionierender Commons zu berichten, vornehmlich in Entwicklungsländern, die Garrett Hardins abstraktes Szenario schlicht widerlegen.

Es ist zudem darauf hingewiesen worden, dass es bei dem „tragischen Szenario“, das Hardin beschreibt, tatsächlich gar nicht um eine Allmende geht. Was er beschreibt, ist der nicht regulierte, freie Zugang zu Land, zu einer natürlichen Ressource ohne Grenzen oder Nutzungsregeln: Jeder kann sich aneignen, was immer er oder sie will. Niemand verwaltet die Gemeinressource, von der Hardin spricht. Mit anderen Worten, seine Geschichte handelt nicht von Gemeinschafts-, sondern von Niemandland!

Commons, also Gemeingüter, sind etwas anderes. Sie sind ein soziales System, ein System der Selbstverwaltung und auf Konsens beruhenden Rechten zur Regelung der Nutzung und des Zugangs zu einer Ressource. Erfolgreiche Gemeingüter haben meistens klar definierte Grenzen. Sie haben Regeln, die den Teilhabenden wohlbekannt sind. Und es herrscht ausreichende Transparenz, so dass Trittbrettfahrer identifiziert und bestraft werden können.

Die Nutzungsregeln bei Gemeingütern können informell und implizit, in sozialen Traditionen und Normen verkörpert sein. Oder sie können explizit und

rechtlich kodifiziert sein. In jedem Fall teilen die Menschen, die an einem Gemeinschaftsgut teilhaben, ein gemeinsames Wissen darüber, wer berechtigt ist, die jeweiligen Ressourcen unter welchen Bedingungen zu nutzen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Eine Allmende ist keineswegs immer tragisch. Gemeinressourcen können durchaus nachhaltig bewirtschaftet werden. Gemeingüter stellen also eine ernstzunehmende, nachhaltige Alternative zum Management einer Ressource durch den Markt dar.

### **Die Tragik des Marktes**

Die wahre Tragik, so argumentieren viele Anhänger der Commons-Theorie, ist die Tragik des Marktes. Schließlich werden durch den Markt viele kostbare Naturschätze rücksichtslos ausgebeutet oder verschmutzt, ohne die Kosten für dieses Verhalten auszuweisen. Das Problem der konventionellen Wirtschaftswissenschaft ist, dass sie allzu oft den tatsächlichen Wert der Gemeingüter nicht anerkennt. Diese Mainstream-Ökonomen ermitteln in der Regel weder die verdeckten Marktsubventionen durch die Gemeingüter noch die nicht ausgewiesenen negativen „externen Effekte“, die die Unternehmen in den Gemeingütern hinterlassen.

Betrachten wir also zunächst die verdeckten Marktsubventionen. Rundfunksender, die kostenlos den Äther benutzen, bedienen sich einer öffentlichen Ressource, geben jedoch den Bürgern, denen der Äther gehört, nur wenig dafür zurück. Wenn der Staat einer Holzfirma kostengünstig Zugang zu öffentlichem Land gewährt oder einem Pharmaunternehmen Exklusivrechte auf Forschung einräumt, die von den Steuerzahlern finanziert wird, gibt er diesen Firmen verdeckte Subventionen. Wenn Mineralwasserfirmen kostenlos große Mengen sauberen Wassers aus Aquiferen (den Grundwasservorkommen) entnehmen, stehlen sie im Grunde ein Gemeinschaftsgut.

Auch durch externe Effekte entstehen Kosten, die nicht von den Käufern und Verkäufern getragen, sondern stattdessen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. So ist es gemeinhin billiger für ein Unternehmen, Schadstoffe in die Atmosphäre und radioaktive Abfälle in die Erde zu befördern, als sie zu entsorgen (oder die Kosten zu „internalisieren“). Diese externen Effekte sind nicht ausgewiesene Kosten wirtschaftlicher Aktivitäten, die üblicherweise von uns allen getragen werden.

Eine gemeingüterbasierte Wirtschaft hingegen würde die vollen Kosten der Marktaktivitäten berücksichtigen, indem sie sowohl die verdeckten Subventionen als auch die unberücksichtigten (sozialen, ökologischen, moralischen) externen Effekte einbezieht. Die Diskussion über die Gemeingüter ermöglicht es uns, wirtschaftliche Aktivitäten ganzheitlicher zu begreifen. So wie wir von den Umweltökonomern gelernt haben, den ökologischen Kontext jeglicher Marktaktivität zu erkennen, können uns die Gemeingüter helfen, auch die sozialen und moralischen Faktoren zu identifizieren, die insgeheim das Marktgeschehen subventionieren: die staatlichen Schulen und Universitäten, die gebildete Arbeitskräfte hervorbringen, die Regulierungen, die die Märkte stabil und vertrauenswürdig machen, die Gaben der Natur, die von den Unternehmen als kostenlos betrachtet werden. Die Gemeingüter erlauben uns, diese anderen, nicht monetarisierten Wertquellen zu benennen – und sie dadurch besser verstehen und schützen zu können.

### **Das Management von Gemeingütern**

Wie sind Gemeingüter oder – anders gesagt – Gemeinressourcen zu managen, damit sie als Gemeingüter erhalten bleiben? Die Antwort hängt stark vom Charakter der gemeinsam genutzten Ressource und der jeweiligen Gemeinschaft ab. Eine wichtige Determinante ist, ob eine Ressource von vielen Leuten genutzt werden kann, ohne dadurch zerstört zu werden. Wenn in einem Wald zu viele Bäume gefällt werden, wird das den Wald langfristig zerstören. Wenn sich jedoch viele Programmierer einer Open-Source-Software-Community anschließen und viele Nutzer gleichzeitig dieselbe Software benutzen, mindert oder schmälert das die Gemeinressource nicht, sondern es steigert sogar den Wert des gemeinsamen Quelltextbestandes. Ein Wald kann „aufgebraucht“ werden, eine „Software-Allmende“ wird dagegen durch mehr Beteiligung erweitert.

Ein wichtiger Aspekt hinsichtlich des Managements einer Gemeinressource ist daher, ob sie endlich ist oder nicht. Natürliche Ressourcen sind meistens endlich, während Informationen und Kultur nicht verbraucht werden können, schon gar nicht im Zeitalter des Internets und billiger digitaler Reproduktion. Deshalb gewinnt die Informationsallmende an Wert, je mehr Menschen sich daran beteiligen – ein Phänomen, das die auf Eigentumsrecht spezialisierte Juristin Carol Rose als „Komödie der Commons“ bezeichnet hat.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist, ob eine Ressource ausschließlich oder rivalisierend ist. Es lässt sich kaum verhindern, dass Menschen von Ressourcen wie Leuchtturmsignalen oder Sonnenuntergängen profitieren, die jedermann frei zugänglich sind. Außerdem wird dadurch, dass ich an diesen Ressourcen teilhabe, niemand anderes Teilhabe beeinträchtigt, d. h. sie sind nicht rivalisierend. Solche nicht ausschließenden, nicht rivalisierenden Ressourcen nennt man „öffentliche Güter“. Man kann nicht einfach andere Menschen davon abhalten, Gewinn aus ihnen zu ziehen.

Es ist notwendig, die Nutzung endlicher Gemeinressourcen zu beschränken, entsprechende Zugangsrechte gerecht zuzuteilen und den Umgang mit ihnen zu überwachen. Beim Management einer digitalen Allmende hingegen werden keine endlichen Ressourcen, sondern eher soziale Beziehungen verwaltet. Hier braucht es etwas anderes, nämlich meritokratische Führung, offenen Zugang, die Kultivierung von sozialem Konsens, Reziprozität und den Ausschluss von Vandalen und Spammern.

Die Art des Ressourcenmanagements und der Entscheidungsfindung hängt also davon ab, ob die Ressource endlich ist oder nicht, rivalisierend oder nicht, ausschließlich oder nicht. Außerdem variiert sie je nach Kultur und Geschichte der betreffenden Gemeinschaft. Hummerfischer in Maine werden ihren begrenzten Bestand an Hummer anders verwalten als Bauern im spanischen Valencia ihre begrenzten Wasservorräte, und das internationale Gutenberg-Projekt geht bei der Digitalisierung gemeinfreier Bücher wieder anders vor.

Das Interesse an Gemeingütern ist sprunghaft gestiegen, was daran liegt, dass sie als Gegenkonzept zur grassierenden Privatisierung angesehen werden. Gemeingüter bieten ein völlig anderes Modell für Ressourcenmanagement als der Markt. Gemeingüter beinhalten Formen von Eigentum und Management, die einfach gerechter sind als das Privateigentum: Sie streben die Nachhaltigkeit der jeweiligen Ressource an, während der Markt danach strebt, die kurzfristigen (finanziellen) Gewinne der Akteure zu maximieren. Zudem ist die Selbstverwaltung bei Gemeingütern ein wichtiges Prinzip.

Fern jeder „Tragik“ ist der Grundgedanke, die Bürgerinteressen zur Grundlage des Managements von Gemeingütern zu machen und daher gerechte und effektive Regeln für den Zugang zu einer gemeinsam genutzten Ressource zu entwickeln. So kann sie gepflegt und zugleich vor „Trittbrettfahrern“ geschützt werden, die versuchen, sie ohne Beteiligung an ihrem Erhalt zu nutzen.

Die sozialen Systeme für das Management von Gemeingütern können sich allerdings sehr stark unterscheiden. Es gibt kein Geheimrezept. Je nach Art der Ressource, ihrer Größe und der jeweiligen Nutzergemeinschaft werden verschiedene Managementsysteme benötigt. So können zum Beispiel kleine Fischergemeinschaften wirksamer die Fischereirechte für bestimmte Gewässer verwalten und gegen Missbrauch vorgehen als der Staat. Geht es allerdings um das von Rundfunksendern genutzte elektromagnetische Spektrum, braucht man wahrscheinlich den Staat, um ein umfassendes System von technischen und rechtlichen Bestimmungen zu schaffen. Doch auch hier ist zu beachten: Diese Bestimmungen könnten große Sender bevorteilen, die auf Gewinnmaximierung aus sind, oder aber kleine Nonprofit-Sender, die als lokale Commons fungieren. Wieder andere Gemeingüter, wie etwa die Open-Source-Software, können völlig unabhängig vom Staat funktionieren. Sie nutzen sowohl offizielle Regeln als auch informelle soziale Normen, um sich selbst zu organisieren.

### **Der Staat und die Gemeingüter**

In vielen Fällen fungiert der Staat als Treuhänder der Bürgerinnen und Bürger bei der Verwaltung von Bibliotheken, Parks, ziviler Infrastruktur, der Nutzung des Äthers und anderer Ressourcen, die der gesamten Bevölkerung gehören. Doch man darf diese öffentliche Verwaltung nicht mit dem Konzept der Gemeingüter in einen Topf werfen. Es gibt Überschneidungen, aber von Gemeingütern reden heißt nicht: von staatlicher Verwaltung reden.

Indem man eine gemeinsam genutzte Ressource als Gemeingut oder Commons bezeichnet, hebt man hervor, dass die Ressource nicht dem Staat, sondern der Bevölkerung gehört und deshalb höheren Zwecken dienen sollte als denen des Marktes. Gilt eine Ressource erst einmal als „Staatsbesitz“, so droht gar ihre moralische und rechtliche Bindung mit der Bürgerschaft zu schwinden. Der Begriff der Gemeingüter unterstreicht, dass der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger als Nutzer über dem des Staates steht.

Außerdem kommt dem Staat eine wichtigere Aufgabe zu als die der bürokratischen Verwaltung. Oft kann er den Gemeingutsektor am besten dadurch unterstützen, dass er den Aufbau neuer gemeinschaftlicher Institutionen fördert, die von den Nutzern selbst verwaltet werden können. Eine solche direkt auf die Ressource abgestimmte Selbstverwaltung gewährleistet ein besseres Management und

größere Verantwortlichkeit. Als Beispiele seien hier Kooperativen, Treuhandschaften für Land („Land Trusts“), offene Rundfunkkanäle und Genossenschaftsläden genannt.

Staatliche Bürokratien legen den Nutzern von Gemeingütern meist nur begrenzt Rechenschaft ab, obwohl sie ihnen nominell dienen. Man sagt, dass die Schätze in einem Nationalmuseum, die Autobahnen und Naturschutzgebiete dem Staat gehören. Tatsächlich aber gehören diese Ressourcen den Bürgerinnen und Bürgern; der Staat verwaltet sie nur treuhänderisch. (Und, nebenbei bemerkt: Natürlich ist die Vorstellung, es könnte überhaupt jemand etwas so Lebendiges, Dynamisches und Autonomes wie die Natur besitzen, eine anthropozentrische Illusion.)

Über Gemeingüter zu sprechen heißt also, den moralischen, wenn nicht gar rechtlichen Anspruch der Bevölkerung, aus diesen Ressourcen Nutzen zu ziehen, zu bekräftigen und so zu deren Erhalt beizutragen und zu überlegen, wie die Nutzer von Gemeingütern den Staat verpflichten können, dem öffentlichen Interesse zu dienen und nicht den Profitinteressen einzelner Marktakteure. Und der Dialog darüber ermöglicht uns, einen wichtigen Bereich von Bürgermacht, Selbstverwaltung und sozialen Werten klar zu benennen.

Zwar verbinden wir mit Commons gemeinhin das soziale, gemeinschaftliche Management einer Ressource, doch gibt es auch einige Varianten, die bürokratisch sind und auf der Geldwirtschaft basieren und dennoch achtbaren Zielen dienen. Die Kanadier und Briten betrachten ihr staatliches Gesundheitswesen als eine Art vom Staat verwaltete Allmende: eine Ressource, die allen gemäß ihren jeweiligen Bedürfnissen zugänglich ist (wenn auch nicht kostenlos) und die von allen gemäß ihren Fähigkeiten unterstützt wird. Der Staat agiert hier als Verwalter.

Ein weiteres Commons-Modell ist der „Stakeholder Trust“, bei dem unabhängige Treuhänder für eine bestimmte Gruppe Vermögenswerte verwalten. In Alaska zum Beispiel hat der Staat den Alaska Permanent Fund eingerichtet, einen Treuhandfonds für die Einkünfte, die durch den Verkauf des auf dem Staatsgebiet geförderten Öls entstehen. Der Treuhandfonds, dessen Vermögen mittlerweile bei über 40 Milliarden US-Dollar liegt, hat im Jahr 2006 1107 Dollar pro Kopf an die Einwohner Alaskas ausgeschüttet.

In Bezug auf Gemeinressourcen, die nicht nur wegen ihres Gebrauchswertes, sondern wegen des Tauschwertes ausgebeutet werden, ob nun in Alaska oder anderswo – man denke etwa auch an den Bergbau –, ist der Alaska Permanent Fund das einschlägige Beispiel für eine Politik, durch die der monetäre Nutzen aus ge-

meinschaftlichen Vermögenswerten gerecht verteilt und die Ungleichheit reduziert wird, während andere Gemeinressourcen erhalten werden können. Wenn ein Land seine Bodenschätze bzw. seine fossilen Brennstoffe schon ausbeuten muss, warum sollten dann die Bürgerinnen und Bürger von dieser Ausbeutung der landeseigenen Rohstoffe nicht wenigstens direkt profitieren?

Eine Innovation aus jüngerer Zeit ist der von Peter Barnes angeregte Sky Trust, ein Treuhandfonds, der durch den Alaska Permanent Fund inspiriert ist: Barnes schlägt vor, CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte zu versteigern. Konzerne mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß müssen beträchtliche Summen in einen Treuhandfonds einzahlen, an dem alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Anteile besitzen. Die hohen Kosten des Kaufs von Emissionsrechten werden die Unternehmen dazu bewegen, kosteneffizientere Technologien zur Reduktion ihrer Luftverschmutzung zu entwickeln. Umweltverschmutzer sollten kein Recht haben, die Atmosphäre wie ihren privaten Müllablageplatz zu behandeln. [Siehe auch das Buch von Peter Barnes: *Kapitalismus 3.0*, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung.]

In der weiten Welt der Gemeingüter bildet diese Art von staatlich verwaltetem Gemeinschaftsgut die Ausnahme. Das Internet ist in zunehmendem Maße ein Ort innovativer selbstorganisierter Massenkooperation, wie das Beispiel Wikipedia zeigt. Die vertrautere und weiter verbreitete Art von Gemeingütern hat eine Gemeinschaftsbasis und ist relativ klein. Die Mitglieder bestimmter Gemeinschaften kennen und respektieren die Ressourcen, die sie verwalten, und sie nehmen ihre Aufgabe meistens mit größerer Verantwortung wahr. Indigene Völker beispielsweise betrachten ihre Kenntnis der örtlichen Flora und Fauna und deren medizinischer Anwendung als Gemeinschaftsbesitz, nicht als ein marktfähiges Gut. Ihr traditionelles Wissen hilft ihnen, sich als Volk zu definieren. Die Intaktheit ihrer Gemeingüter ist daher gleichbedeutend mit der Intaktheit ihrer sozialen Beziehungen, ihrer Werte und Identität. Geld kann dies alles nicht ersetzen. Deshalb sind einheimische Stämme auch zu Recht misstrauisch gegenüber großen Pharmafirmen und Ölgesellschaften: Sie wissen, dass der durch den Markt erzeugte Reichtum ihre Formen gemeinsamen Wohlstands untergraben könnte.

### **Gemeingüter als Quelle von Wohlstand**

Es wird nun endlich damit begonnen, die ganze Bandbreite von Möglichkeiten zu erforschen, die der Sektor der Gemeingüter bietet. Ein Grund dafür ist die alar-

mierende Zahl von Privatisierungen, die zurzeit noch stattfinden. Ein anderer Grund ist die wachsende Erkenntnis, dass Gemeingüter nicht unbedingt in eine Tragödie führen, sondern sogar höchst ertragreich sein können. Ein Gemeinschaftsgut kann auf eine Weise Wert schaffen – wirtschaftlichen, sozialen, persönlichen –, wie Märkte es nicht können.

Das sieht man am einfachsten im Internet, wo sich Yochai Benklers Analyse zufolge „commons-based peer production“, ein Modell kooperativer, unentgeltlicher und nicht-hierarchisch organisierter Produktion, als eine effizientere und kreativere Methode der Wertschöpfung erweist als die konventionelle Unternehmensorganisation. Der Erfolg von GNU bzw. Linux, dem Open-Source-Betriebssystem, ist ein oft zitiertes Beispiel für dieses Phänomen. Natürliche Ressourcen als Gemeingüter zu verwalten könnte auf lange Sicht ebenfalls zu einer größeren Wertschöpfung führen, als sie Märkten zu überlassen, denn ein gut gestaltetes Management der Gemeinressourcen internalisiert eher die Umweltverschmutzung und orientiert sich an einer langfristigen Perspektive.

Es ist noch eine weit gründlichere Beschäftigung mit dem Commons-Sektor nötig, damit wir die zahlreichen Gemeingüter besser verstehen lernen. Doch es ist vollkommen klar, dass sie eine Vielzahl von Reichtum erzeugenden und Ressourcen schützenden Lösungen bereitstellen, die weder der Staat noch der Markt zu bieten haben.

*Gekürzter Beitrag. Der vollständige Text ist in dem eben erschienenen Band Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter, hrsg. von Silke Helfrich und der Heinrich-Böll-Stiftung, zu finden. David Bollier ist Journalist und Betreiber des kollektiven Webportals [www.OntheCommons.org](http://www.OntheCommons.org). Daneben ist er Senior Fellow der USC Annenberg School for Communication und Mitbegründer von Public Knowledge, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Verteidigung der Bürgerrechte in der digitalen Kultur einsetzt.*